III. Aussenwirtschaftspolitik

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/1120>

DOI: 10.4000/sjep.1120

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 décembre 1989

Number of pages: 72-92

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

« III. Aussenwirtschaftspolitik », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 8 | 1989,
Online erschienen am: 18 März 2013, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/1120> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.1120>

III. Aussenwirtschaftspolitik

1. Exportrisikogarantie

Die Exportrisikogarantie (ERG) hat 1987 ein Defizit von 161 Millionen Franken verzeichnet. Der Bundesvorschuss zur Deckung der anhaltenden Defizite der ERG beträgt mittlerweile über 1 Milliarde Franken. Geschäftsprüfungskommission (GPK) und Bundesrat haben sich im Berichtsjahr mit der ERG befasst; eine Reform der grundsätzlich zur Eigenwirtschaftlichkeit verpflichteten ERG scheint fällig.

1987 bildete sich das Volumen der Neugarantien um weitere 37 Prozent auf 1054 Millionen Franken (1986: 1688 Millionen Franken) zurück. Als wichtigste Gründe für diesen Rückgang nennt die ERG-Geschäftsstelle in ihrem Jahresbericht 1987 den Nachfragerückgang in den Entwicklungsländern, die zunehmende Beanspruchung alternativer Versicherungsmöglichkeiten und die vermehrte Übernahme von Eigenrisiken, sowie die zurückhaltende Garantiepolitik hinsichtlich der Abnehmerländer mit Zahlungsproblemen. Seit 1984 ist der Trend der Garantievergaben rückläufig. Neben dem Verzicht auf die ERG-Versicherung für geringe Risiken zur 1985 erhöhten Einheitsprämie vermutet die GPK in ihrem Bericht auch die Sperrung wichtiger Exportländer durch die ERG (z.B. Argentinien) sowie den allgemeinen Rückgang der schweizerischen Ausfuhr in Entwicklungsländer als Grund für diesen Trend.

1987 war das Volumen der Neugarantien kleiner als die Rückzahlungen (inkl. Umschuldungen und Schadenvergütungen). Das Gesamtengagement reduzierte sich um 20 Prozent auf 9 852 Millionen Franken (i.V. 12 368 Millionen Franken).

Defizit

Die ordentliche Ertragsrechnung umfasst Gebührenerträge, Aktivzinsen und Rückvergütungen sowie den Aufwand für politische Schäden, Passivzinsen und Wertberichtigung bei Schuldenkonsolidierungen und Verwaltungsaufwand. Sie schloss mit einem Verlust von 252,6 Millionen Franken ab. Die ausserordentliche Rechnung umfasst den Aktivierungsertrag bei der Umschuldung von Transferschäden sowie den Wertberichtigungsaufwand und schloss mit einem Ertrag von 91,6 Millionen Franken. Die Gesamtrechnung weist somit für 1987 einen Verlust von 161 Millionen Franken aus, welcher durch einen weiteren Bundesvorschuss gedeckt werden muss. Der Bundesvorschuss zur Aufrechterhaltung der Liquidität der ERG beträgt mittlerweile 1179 Millionen Franken. Die Guthaben aus Umschuldungsabkommen übersteigen die Vorschüsse des Bundes um 160 Millionen Franken. Es fragt sich allerdings, wieweit diese Guthaben gegenüber zum Teil hochverschuldeten Entwicklungsländern je eingefordert werden können. Auf wertberichtigter Basis im Sinne einer realistischen Bilanzierung resultiert jedenfalls eine Unterdeckung.

Ein 1987 entstandenes Liquiditätsdefizit von 243,5 Millionen Franken wurde ebenfalls durch einen Bundesvorschuss von 235 Millionen Franken gedeckt.

Garantien für Exporte in Entwicklungsländer

Rund 70 Prozent des ERG-Engagements versichert Exporte in Entwicklungsländer. Bei den Neugarantien hat der Anteil für Exporte nach Südamerika (+ 10,4 %) und Asien (+ 4,9 %) zugenommen, während der Anteil für Exporte nach Afrika praktisch gleich blieb wie im Vorjahr.

15,7 Prozent aller Neugarantien gingen 1977 an die Gruppe der 62 ärmeren Länder. Ihr Anteil am ERG-Gesamtengagement beträgt 18,9 Prozent. Den Hauptanteil beanspruchten auch 1987 die Exporte nach Asien mit 32 Prozent der gesamten Neugarantien, wie Tabelle 6 (S. 74) zeigt.

Garantien für ärmere Entwicklungsländer

Gemäss ERG-Gesetz werden bei Garantien für ärmere Entwicklungsländer die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik mitberücksichtigt. Für diese Ländergruppe werden in der Regel nur Lieferungen kleineren Ausmasses versichert. 1987 wurden keine Garantiesummen von über 50 Millionen Franken zur ERG-Versicherung angemeldet. Eigentliche Projektfinanzierungen bilden die Ausnahme, wie der Bericht der GPK und die Stellungnahme des Bundesrates festhält. Auffallend ist der grosse Anteil Asiens unter dieser Ländergruppe. Es sind dies vor allem China und Indien mit ihrer hohen Absorptionfähigkeit für kommerzielle Kredite.

Tabelle Nr. 6

ERG-Neugarantien nach Regionen				
Ländergruppe	1987		1986	
	Mio Fr.	Anteil in %	Mio Fr.	Anteil in %
EFTA-Länder	4.1	0.4	13.5	0.8
EWG-Länder	1.5	0.1	10.3	0.6
Mitgliedsländer RGW	102.9	9.8	255.5	15.1
Übrige Europa	106.9	10.1	260.5	15.4
Nordamerika	—	—	55.5	3.3
Zentralamerika/Karibik	42.3	4.1	85.1	5.1
Südamerika	256.7	24.3	234.9	13.9
Afrika	202.5	19.2	312.8	18.6
Asien	337.6	32.0	458.3	27.1
Ozeanien	—	—	2.0	0.1
	1054.5	100.0	1688.4	100.0
davon:				
OECD-Staaten	34.5	3.3	157.7	9.3
72 ärmere Länder	165.5	15.7	245.0	14.5
Quelle: ERG-Jahresbericht 1987				

Die Neugarantien für Exporte in die wirtschaftsschwachen afrikanischen Entwicklungsländer sind markant gesunken, von 144,4 Millionen Franken auf 40,4 Millionen Franken. Angaben über die Verteilung enthält die Tabelle 7. Vom gesamten Garantieengagement für ärmere Entwicklungsländer entfallen 90 Prozent auf die vier Länder Ägypten, Indonesien, China und Indien.

ERG nach Branchen

Summenmässig kommt die ERG vorwiegend grösseren Unternehmen zugute. Ihr wird deshalb auch vorgeworfen, sie hemme den Strukturwandel. Der Hauptanteil der Neugarantien entfiel wie bisher auf die Maschinenindustrie mit 67,3 Prozent. Es folgen die Chemie mit 24,5 Prozent, der Bausektor mit 4,2 Prozent und das Ingenieurwesen mit 2,5 Prozent. Im Gesamtengagement nimmt die Maschinenindustrie 81,47 Prozent der ERG für sich in Anspruch. Die entwicklungspolitische Organisation Erklärung von Bern kritisiert an der ERG gerade diesen Umstand. Die ERG sei ein Instrument der Maschinenindustrie. Rund die

Tabelle Nr. 7

ERG-Neugarantien für ärmere Entwicklungsländer				
	1987		1986	
	Mio Fr.	Anteil in %¹	Mio Fr.	Anteil in %¹
Zentralamerika + Karibik	0.7	0.07	3.6	0.2
Südamerika	0.4	0.04	-0.7	-0.05
Afrika	40.4	3.8	144.4	8.6
Asien	124.0	11.8	97.7	5.8
Ozeanien	—	—	—	—
	165.5	15.7	245.0	14.51
1) Vom Total aller Neugarantien				
Quelle: ERG-Jahresbericht 1987				

Hälfte der ERG in der Maschinenbranche beanspruche allein die BBC. Dabei würden gerade Exporte dieser Branche oftmals in entwicklungspolitisch fragwürdige Projekte fließen. Der Widerspruch zwischen schweizerischer Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik sei hier besonders deutlich.

Beispiel Manantali

Als Beispiel nennt die EvB den Bau des Staudamms Manantali in der Region Mali, Mauretanien und Senegal (der Damm steht in Mali). Diese Länder gehören zu den ärmsten Entwicklungsländern und sind stark verschuldet. Malis Pro-Kopf-Einkommen beträgt nur 190 Dollar, die Analphabetenrate liegt bei 90 Prozent. Bereits 1984 war Mali mit 960 Millionen Dollar verschuldet. Durch das Grossprojekt wurden rund 20.000 Menschen aus ihren Dörfern ausgesiedelt und ihrer Existenzgrundlage beraubt. Im äusserst waldarmen Sahelgebiet wurden 500 km² Wald vernichtet. Das Projekt ist entwicklungspolitisch, wirtschaftlich und ökologisch umstritten. Eine Schweizer Baufirma ist am Projekt beteiligt und erhält für ihre Ausfuhren die ERG. Mali ist ein Schwergewichtland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Der Bund unterstützte 1980 ein malisches Forstprogramm mit 20 Millionen Franken und schrieb: «Im Rahmen des Kampfes gegen die zunehmende Verwüstung haben in Mali die Erhaltung bestehender Wälder und die Aufforstung vorrangige Bedeutung» (zitiert in «Filz», S. 44).

Im Falle Manantali setzten sich die wirtschaftlichen Interessen gegenüber den entwicklungspolitischen Belangen durch. Nach dem Bau des Staudamms leisteten schweizerische Hilfswerke den vertriebenen Menschen Hilfe und unterstützen ihre Anstrengungen, neue Existensgrundlagen aufzubauen.

GPK prüft ERG

Eine bundesinterne Prüfung der ERG ist gegenwärtig im Gange. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates klärte einige Fragen im Zusammenhang mit dem ERG-Geschäftsbericht 1986 und unterbreitete dem Bundesrat einen Bericht und Anregungen zur Ausgestaltung der ERG. Der Bericht hält fest, dass die schweizerische ERG im internationalen Vergleich ein bescheidenes Exportförderungsinstrument sei und weniger Risiken abdecke als ausländische Exportrisikoversicherungen, welche etwa das private Delkredere- und das Währungsrisiko einschliessen. Die Schweiz deckte bis 1984 ebenfalls das Währungsrisiko. Die daraus entstandenen hohen Defizite warfen in der Folge die Frage nach der Eigenwirtschaftlichkeit der ERG auf. 1984 wurde die Währungsgarantie sistiert.

ERG und Entwicklungspolitik

Der Verweis auf die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik mache aus der ERG kein Instrument der Entwicklungshilfe, verlange jedoch zumindest den Verzicht auf Garantien für Exporte, die entwicklungspolitisch fragwürdig sind. Aufbau und Ablauf der ERG seien wenig geeignet, den entwicklungspolitischen Grundsätzen Rechnung zu tragen. Das Länderrisiko etwa werde nach rein wirtschaftlich-finanziellen Gesichtspunkten und nicht nach politischen Kriterien ermittelt. Es werde aber versucht, die entwicklungspolitische Fragestellung bei Lieferungen in ein ärmeres Land mit Hilfe eines Fragebogens an den Geschuchsteller zu klären. Die Behörden gingen jedoch davon aus, dass die Schweiz im Rahmen der ERG keine Entwicklungshilfe leiste und deshalb nicht befugt sei, irgendwelche Kontrolle mit der Gewährung der Garantie zu verbinden.

Die GPK räumt ein, dass Strukturen und Verfahren der ERG eine «gewisse Einseitigkeit» aufweisen: «zum Beispiel lassen Konzeption, Struktur und personelle Besetzung der Instanzen der ERG heute den Gesichtspunkt der Entwicklungszusammenarbeit in den Hintergrund treten» (Bericht S. 57/58). Die Prüfung der entwicklungspolitischen Grundsätze erfolge lediglich auf der Stufe der Vorprüfung durch die ERG-Geschäftsstelle unter Einbezug des Dienstes für entwicklungspolitische Fragen innerhalb des BAWI. Dieser Dienst kann die Gesuche zuhanden der ERG-Kommission begutachten und hat kein Einspracherecht. Die DEH wird nur bei besonders grossen Projekten beigezogen.

Von Seiten der Gewerkschaften und der Entwicklungsorganisationen wird schon seit langer Zeit eine Erweiterung der einseitig aus Kreisen der Wirtschaft zu-

sammengesetzten ERG-Kommission verlangt.

Als weitere Anregungen zur Ausgestaltung der ERG nennt der Bericht:

— Das Ziel der Eigenwirtschaftlichkeit soll aufrecht erhalten bleiben. Vorgesprochen wird, Pauschalpolizen und eine Prämiendifferenzierung nach Länderisiko anzubieten. Das Hauptanliegen der ERG — die Konkurrenzfähigkeit der Rahmenbedingungen der Schweizer Exporteure — könne aber auch mit solchen Schritten nicht erfüllt werden.

— Es solle geprüft werden, ob der Deckungssatz nicht angehoben werden solle und in Zukunft das private kommerzielle Zahlungsrisiko (privates Delkrede) nicht auch durch die schweizerische ERG abgedeckt werden solle.

— Die GPK schlägt vor, die Wiedereinführung der Deckung für Fremdwährungsrisiken zu prüfen.

Stellungnahme des Bundesrates

Die ERG sei ein wichtiges Instrument der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik. Sie diene jedoch nicht der Strukturhaltung und könne fehlende Konkurrenzfähigkeit nicht wettmachen. Die Eigenwirtschaftlichkeit sei schwierig zu erreichen, weil politisches Risiko nicht berechenbar sei. Die beiden Auflagen Exportförderung und Eigenwirtschaftlichkeit bedeuten eine permanente Gratwanderung. Der Bundesrat lehnt im weiteren eine Prüfung der erneuten Deckung von Währungsrisiken entschieden ab. Diese Risiken seien bankmässig und nicht im Rahmen der ERG abzusichern. Eine Änderung der Zusammensetzung der ERG-Kommission erachtet der Bundesrat nicht als notwendig. Der sinkende Anteil der Garantieverfügungen für Exporte in einkommensschwache Länder (1986: 14 Prozent) rechtfertige den Einsitz entwicklungspolitischer Organisationen nicht. Zudem dürfte «dieser Anteil aufgrund der misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse in den erwähnten Ländern voraussichtlich weiter sinken» (Bericht S. 65). In der ERG-Kommission selbst sei ein umfassendes Erfahrungspotential in Entwicklungsfragen vorhanden. Regelmässig werde der Dienst für Entwicklungsfragen des BAWI für Abklärungen angefragt. Den entwicklungspolitischen Anforderungen des ERG-Gesetzes werde so Genüge getan, und weitere Anpassungen erachtet der Bundesrat nicht als notwendig.

Quellen

Bericht über das Geschäftsjahr 1987 der Exportrisikogarantie, Mai 1988

Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates über die ERG und die Stellungnahme des Bundesrates, Bbl.88.028, April 1988

Erklärung von Bern, «Filz» — Die schweizerische Wirtschaftspolitik gegenüber der Dritten Welt und wie sie gemacht wird, Zürich, 1988

2. Bilaterale Schuldenkonsolidierungen

1987 schloss die Schweiz mit zwölf (1986: 7) Ländern bilaterale Schuldenkonsolidierungsabkommen ab. Die betreffenden Länder und Beträge sind in Tabelle Nr. 8 aufgeführt.

Für alle Abkommen galt der Zinssatz von 6 Prozent (1985: 7%, 1986: 6,75%), ausser für Nigeria, das den grössten Betrag umschuldete und einen Zins von 6,25 Prozent entrichten muss. Die in der ersten Jahreshälfte 1988 abgeschlossenen sechs Abkommen enthalten alle einen Zinssatz von 5,5 Prozent. Der sinkende Zinssatz der letzten Jahre ist noch nicht Ausdruck von gewährten Zinskonzessionen an die verschuldeten Entwicklungsländer, obwohl solche auf multilateraler Ebene im Rahmen des Pariser Klubs diskutiert werden. (Diese Fragen werden im Kapitel Internationale Verhandlungen, Punkt 11.7. behandelt). In der Regel orientiert sich der Zinssatz bisher an kommerziellen Kriterien.

Die Schweiz hält sich in den bilateralen Umschuldungsabkommen an den im Pariser Klub gesetzten Rahmen. Es ist deshalb anzunehmen, dass sich auf multilateraler Ebene diskutierte sog. weiche Bedingungen für die ärmsten Entwicklungsländer in Zukunft in den bilateralen Abkommen niederschlagen werden. Bei der Gewährung der Rückzahlungsfristen ist ein deutlicher Trend zur Verlängerung zu erkennen. Für die 1987 umgeschuldeten Beträge wurden Rückzahlungsfristen von 9, 10 und im Falle Zaires sogar 15 Jahren gewährt. In der ersten Hälfte des Jahres 1988 wurde Guinea-Bissau die bisher von schweizerischer Seite längste Rückzahlungsfrist von 20 Jahren gewährt. Es sind in der Mehrzahl afrikanische Länder, welche ihre Schulden regelmässig neu verhandeln müssen. Der Aussenwirtschaftsbericht hält zur Situation der afrikanischen Entwicklungsländer fest: «Die Verschuldungslage in Afrika hat sich weiter verschärft. Bedingt durch die tiefen Rohstoffpreise und den sinkenden Dollarkurs sind immer weniger Staaten in der Lage, ihren Schuldendienst aufrechtzuerhalten.» Im Rahmen des Pariser Klubs wird deshalb nach einer Sonderlösung für die afrikanischen Länder gesucht.

Die Erklärung von Bern kritisiert an den Umschuldungsverhandlungen, dass die Schweiz jeweils die Forderungen des IWF unterstütze, wonach die Drittweltländer ihre Handels- und Finanzsysteme ganz den Kräften des Weltmarktes öffnen sollen, wogegen die Industrieländer einzelne Wirtschaftszweige mit protektionistischen Massnahmen schützen.

Quellen

Bundesamt für Aussenwirtschaft, Aussenwirtschaftsbericht 87/1+2
Erklärung von Bern, «Filz», Die schweizerische Wirtschaftspolitik gegenüber der Dritten Welt und wie sie gemacht wird, Zürich, 1988

Tabelle Nr. 8

Bilaterale Umschuldungsabkommen		
	1987	
Länder	Abkommen	Betrag Millionen Franken
Madagaskar	22.1.1987	1.3
Elfenbeinküste	28.1.1987	84.0
Sambia	28.1.1987	8.8
Tansania	13.3.1987	24.0
Jugoslawien	14.4.1987	90.0
Mexiko	23.4.1987	43.5
Sierra Leone	24.4.1987	16.0
Kuba	8.5.1987	4.8
Nigeria	3.8.1987	210.0
Gabun	4.8.1987	6.6
Bolivien	27.8.1987	40.0
Zaire	14.10.1987	4.0
Total		533.0
Zins für alle Abkommen ausser Nigeria: 6%		
Zins für Nigeria: 6 1/4%		
	1988¹⁾	
Philippinen II	25.3.1988	15.0
Senegal IV	28.3.1988	1.0
Guinea-Bissau	31.3.1988	9.1
Brasilien II	25.5.1988	60.0
Togo	16.6.1988	41.0
Ägypten	30.6.1988	425.0
Zins für alle Abkommen: 5.5 Prozent		
1) Bis 30. Juni 1988		
Quelle: BAWI		

3. Zollpräferenzen

Seit 1982 erhalten die von den Vereinten Nationen verzeichneten ärmsten Länder für alle ihre Industriegüter Zollfreiheit. Im Unterschied zu den übrigen Entwicklungsländern wird diesen Staaten auch für 48 landwirtschaftliche Produkte Zollfreiheit gewährt. 1987 hat der Bundesrat beschlossen, die Liste der 36 ärmsten Entwicklungsländer, die im Rahmen des Präferenzsystems besondere Zollvorteile geniessen, durch Mauretanien, Burma, Kiribati und Tuvalu zu ergänzen.

Die Gewährung von Zollpräferenzen gegenüber den Entwicklungsländern wird multilateral im Rahmen des GATT ausgehandelt. Präferenzzölle stellen für die Schweiz eine Ausnahme von der sonst geltenden Regel der einheitlichen Anwendung von Schutzzöllen dar.

Tabelle Nr. 9

Einfuhren der Schweiz und Zollpräferenzen 1985-1987			
1. Jahr	1985	1986	1987
2. Gesamteinfuhren der Schweiz in Mio Fr.	74.785	73.512	75.170
3. Einfuhren aus Entwicklungsländern in Mio Fr.	6.871	5.203	5.901
4. Anteil der Einfuhren aus EL (Reihe 3 bezogen auf Reihe 2)	9.2	7.08	7.80
5. Einfuhren, die präferenziell begünstigt werden können, in Mio Fr.	2.850	2.600	3.437
6. Tatsächlich ausgenützte Präferenzen in Mio Fr.	1.139	1.177	1.290
7. Ausnützungsgrad der gewährten Vorteile in % (Reihe 6 bezogen auf Reihe 5)	40	45	37
Quelle: BAWI			

1987 hat die Schweiz für 5,9 Milliarden Franken Waren aus Entwicklungsländern mit Präferenzsystem importiert. Der Anteil dieser Importe an den Gesamtimporten beträgt 7,8 Prozent. Einfuhren im Wert von 3,4 Milliarden Franken hätten zollbegünstigt importiert werden können. Der Ausnützungsgrad der gewährten Vorteile betrug 37 Prozent. Wenn man allerdings Edelsteine und Edelmetalle, für welche bereits sehr niedrige Einfuhrzölle gelten und daher selten Zollpräferenzen beansprucht werden, von den Einfuhren ausschliesst, beträgt der Ausnützungsgrad 65 Prozent. Der niedrige Ausnützungsgrad hat seinen Grund u.a. darin, dass vielfach das notwendige technische Wissen über die Handhabung von Zollvorteilen bei einigen Entwicklungsländern fehlt oder unzureichend ist. Deshalb finanziert die Schweiz regelmässig Seminare über die Anwendung des Zollpräferenzschemas für Entwicklungsländer. Im Berichtsjahr finanzierte sie beispielsweise ein regionales Seminar über Zollpräferenzen zugunsten der ASEAN-Staaten.

Die Importe der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer betrugen 1987 83 Millionen Franken (1986: 80 Millionen Franken). 42 Millionen Franken hätten begünstigt werden können; der Ausnützungsgrad betrug 51 Prozent (1986: 46 Prozent).

Quelle

BAWI

4. Wirtschaftsgespräche

Die Schweiz führt regelmässig Gespräche mit Entwicklungsländern über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Nachstehend die wichtigsten davon:

Lateinamerika

Argentinien: Im Juni 1987 weilte der argentinische Präsident Raoul Alfonsín in Bern. Anlässlich dieses Besuches und bei Treffen schweizerischer Delegationen in Argentinien wurden Gespräche über ein bilaterales Umschuldungsabkommen sowie eine mögliche Reaktivierung der ERG für Exporte nach Argentinien geführt. Im Rahmen eines durch die schweizerische Wirtschaft organisierten Seminars wurden zwischen einem schweizerischen Bankenkonsortium und der nationalen Entwicklungsbank Argentiniens ein Abkommen über die Gewährung eines Rahmenkredits in der Höhe von 100 Millionen Franken abgeschlossen. Es wurde auch die Frage eines Doppelbesteuerungsabkommens zur Stimulierung schweizerischer Investitionen in Argentinien aufgeworfen. Argentinien steht einem solchen Abkommen jedoch ablehnend gegenüber.

In Bern fanden auch Gespräche mit Regierungsdelegationen aus Brasilien, Chile, Guatemala, Ekuador und Venezuela statt. Der für die Region zuständige Delegierte für Handelsfragen, David de Pury, führte Wirtschaftsgespräche in Kolumbien, Bolivien (Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens), Uruguay und Brasilien. Trotz den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Lateinamerikas dürfe sich die Schweizer Industrie nicht zurückziehen, diese sei vielmehr zu weiteren Investitionen bereit, erklärte de Pury. In **Kolumbien** wurde die Frage nach einem Doppelbesteuerungsabkommen aufgeworfen. In **Brasilien** ist die Schweiz mit über 200 Unternehmen und 100.000 Beschäftigten der drittgrösste Investor. Die Schweiz dürfe den Anschluss nicht verpassen und müsse präsent sein, wenn Brasilien von der protektionistischen Haltung abrücken und sich dem freien Markt öffnen werde.

Asien/Ozeanien

In Beijing/**China** fand eine schweizerische Werkzeugmaschinenausstellung statt. Staatssekretär Blankart führte aus diesem Anlass Wirtschaftsgespräche mit chinesischen Delegationen, insbesondere über die Wiederaufnahme der Lieferung schweizerischer Uhren nach China. Ferner wurde das Abkommen über einen zweiten Mischkredit von 100 Millionen Franken (Mai 1987) unterzeichnet. Für die Verwendung des Mischkredits hat die chinesische Regierung neun Projektvorschläge vorgelegt, u.a. in den Bereichen Nahrungsmittelverarbeitung, Werkzeugmaschinenbau, Chemie und Telekommunikation. Auf Einladung des EVD weilte eine chinesische Delegation in der Schweiz und führte Gespräche mit Bundes- und Wirtschaftsvertretern. 1987 trat das im Vorjahr unterzeichnete Investitionsschutzabkommen mit China in Kraft.

1974 schlossen die Schweiz und China ein bilaterales Handelsabkommen ab; seither tagt regelmässig eine schweizerisch-chinesische Wirtschaftskommission. 1987 fand die Tagung in Peking statt. Die schweizerische Delegation äusserte den Wunsch, China möge das Investitionsklima für Auslandsinvestitionen verbessern. Sie nannte als Investitionshindernisse die preisliche Benachteiligung von Joint Ventures beim Kauf von Rohstoffen in China, Probleme der Devisenbeschaffung sowie die Beschränkung beim Zugang zum chinesischen Absatzmarkt. Chinas Hauptanliegen bei der Erörterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ist die Steigerung seiner Exporte zum Ausgleich der Handelsbilanz sowie der Wunsch nach mehr Investitionen und Technologietransfer. Das bisherige Volumen von rund 100 Millionen Franken schweizerischer Investitionen sei äusserst bescheiden.

Anlass zu Wirtschaftsgesprächen boten auch 1987 wiederum Ausstellungen mit Beteiligung der Schweizer Industrie: in Seoul/Südkorea und Tokio/Japan die «Swissexpo 1987» und in Karachi/Pakistan und Jakarta/Indonesien die «Swisstech 1987». In **Pakistan** konzentrierten sich die Gespräche auf die Verwendung des neu gewährten Mischkredits von 90 Millionen Franken. In **Indonesien** ging

es um Vorabklärungen für einen weiteren Mischkredit, um die Verbesserung der Patentgesetzgebung und um Fragen des Technologietransfers.

Bundesrat Otto Stich weilte im Oktober 1987 mit einer Delegation zu einem Staatsbesuch in **Indien**, wo er schweizerische Entwicklungshilfeprojekte besuchte und Besprechungen über ein vorgesehene Doppelbesteuerungsabkommen führte. Gespräche im Zusammenhang mit indischem Fluchtgeld, das auf Schweizer Bankkonten ruhen soll, wurden ebenfalls geführt. Stich führte aus, dass einem Gesuch Indiens um Rechtshilfe in dieser Frage grundsätzlich nichts im Wege stehe. Hingegen seien noch gewisse indische Gesetzesänderungen notwendig.

Afrika

In afrikanischen Ländern werden weniger Wirtschaftsgespräche geführt. Mit diesen Ländern sind die Wirtschaftsbeziehungen eher schwach, es dominieren Umschuldungsabkommen und Zahlungsbilanzhilfen.

Im September 1987 wurden mit **Zaire** die Zahlungsmodalitäten des 1980 abgeschlossenen und 1984 in Kraft getretenen Entschädigungsabkommens geregelt. Danach muss Zaire eine globale Entschädigungssumme von 1,824 Millionen Franken entrichten, um verstaatlichte schweizerische Vermögenswerte zu vergüten.

Quellen

BAWI. Aussenwirtschaftsbericht 1987

EDA, Entschädigungsabkommen mit Zaire, Pressemitteilung vom 13.11.87

NZZ, 25.9., 15.10. und 19.11.1987

Tags-Anzeiger, 26.9.1987

5. Waffenausfuhr

1987 haben die **schweizerischen Kriegsmaterialexporte** gegenüber dem Vorjahr um rund 18 Prozent zugenommen und mit 578,3 Millionen Franken einen neuen Höchststand erreicht (1986: 488 Millionen Franken). Der Anteil der Waffenausfuhr am schweizerischen Gesamtexport ist ebenfalls gestiegen und beträgt nun 0,86 Prozent.

Nachdem im Vorjahr der Anteil der Industrieländer am gesamten Kriegsmaterialexport auf 37 Prozent gesunken war, entfielen 1987 wieder 45 Prozent auf diese Ländergruppe. Der grösste Teil der schweizerischen Kriegsmaterialexporte ging 1987 wiederum in die Entwicklungsländer: insgesamt fast 319 Millionen Franken, 55 Prozent der gesamten Waffenexporte.

Tabelle Nr. 10

Schweizerische Kriegsmaterialexporte 1986/87 *				
	1986		1987	
	1000 Fr.	%	1000 Fr.	%
1. Gesamter Kriegsmaterialexport	488'505	100.0	578'259	100.0
1.1 Entwicklungsländer	306'369	62.7	318'755	55.1
1.2 Industrieländer	182'136	37.3	259'504	44.9
2. Entwicklungsländer				
2.1 <i>Entwicklungsländer mit niedrigen Einkommen (NEL)</i>				
insgesamt	33'039	6.8	4'646	0.8
davon:				
Marokko	535		403	
Pakistan	32'105		2'491	
Indien	95		1'207	
Thailand	124		300	
2.2 <i>Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen (MEL)</i>				
insgesamt	13'445	2.7	8'997	1.6
davon:				
Oman	510		0	
Malaysia	6'092		214	
Kolumbien	572		300	
Brasilien	5'615		8'475	
Peru	532		0	
2.3 <i>Entwicklungsländer mit höheren Einkommen (HEL)</i>				
insgesamt	20'081	4.1	17'284	3.0
davon:				
Jugoslawien	316		1'709	
Brunei	17		44	
Singapur	19'638		15'408	
Argentinien	96		110	
2.4 <i>OPEC und andere ölexportierende Entwicklungsländer</i>				
insgesamt	119'526	24.5	219'648	38.0
davon:				
Algerien	1'675		1'456	
Nigeria	80'754		30	
Saudi-Arabien	32'616		177'581	
Bahrain	2'607		28'529	

Arabische Emirate	1'068		1'215	
Indonesien	3		258	
Venezuela	8		727	
Ecuador	771		9'850	
2.5 Europäische (OECD-) Entwicklungsländer insgesamt	120'377	24.6	68'182	11.8
davon:				
Portugal	334		425	
Spanien	7'035		2'130	
Griechenland	1'369		1'196	
Türkei	111'639		64'431	

* Statistik nach Entwicklungs- und Industrieländer-Gruppen

Quelle: EMD/Oberzolldirektion, Monatsstatistik des schweizerischen Aussenhandels 1988;
Berechnungen: Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

Weltweit stieg der Waffenhandel 1987 um 2,8 Milliarden Dollar markant an. Die Entwicklungsländer gaben 1987 laut SIPRI (1) insgesamt 24,7 Milliarden Dollar für Waffenkäufe aus und hatten damit einen Anteil von 70 Prozent am weltweiten Rüstungsimport. Indien hat mit 5,2 Milliarden Dollar die höchste Summe für Waffenkäufe ausgegeben. Der Irak folgte an zweiter Stelle. SIPRI nennt das Jahr 1987 das «Jahr der Skandale» im Waffengeschäft und weist darauf hin, dass sich der Anteil der schwarzen Geschäfte, vor allem im Zusammenhang mit Südafrika, Irak und Iran, wesentlich verstärkt hat. Zudem hätten 1987 die geheimgehaltenen Lieferungen der «kleinen Verträge» deutlich zugenommen; diese Verträge würden oft nicht publik gemacht und seien schwierig aufzudecken. Die meisten verdeckten Lieferungen habe 1987 der Iran empfangen.

Aufgegliedert in die nach dem Durchschnittseinkommen gestaffelten Ländergruppen erreichten die **schweizerischen Waffenausfuhren** sehr unterschiedliche Werte, wie Tabelle 10 zeigt. Die Länder der ärmsten Gruppe kauften in der Schweiz für rund 4 Millionen Franken Waffen (Anteil 0,8 Prozent, Vorjahr 33 Millionen Franken). Dieser Wert ist das Ergebnis einer Vervierfachung der Bezüge **Indiens** einerseits (auf 1,2 Millionen Franken), wogegen anderseits die Lieferungen an **Pakistan** — im afghanischen Spannungsgebiet — offenbar stark vermindert wurden (Rückgang von 32 Millionen auf 2,5 Millionen Franken).

Die mittlere Einkommensgruppe (1,6 Prozent Anteil) wird von Bezügen **Brasiliens** dominiert (rund 8,5 Millionen Franken, Zunahme um die Hälfte), wogegen Malaysia praktisch keine Lieferungen mehr bezog.

In der Entwicklungsländer-Gruppe mit höheren Einkommen sticht wie in den Vorjahren einzig **Singapur** heraus, in das 2,3 Prozent der schweizerischen Kriegsmaterialexporte gehen (15 Millionen Franken).

Die wichtigste Ländergruppe innerhalb der Dritten Welt bilden nach wie vor die ölexportierenden Staaten, auf die 1987 rund 220 Millionen Franken oder 38 Prozent der Kriegsmaterialexporte entfielen (Vorjahr rund 120 Millionen Franken, d.h. eine Zunahme um 84 Prozent). Mit Abstand wichtigster Abnehmerstaat ist **Saudiarabien**, dessen Bezüge sich gegenüber dem Vorjahr vervierfacht haben und nun 177 Millionen Franken erreichen. Sein Anteil an der gesamten schweizerischen Waffenausfuhr beträgt damit 31 Prozent. Weitere wichtige Kunden in dieser Ländergruppe sind Bahrain (29 Millionen Franken, Bezüge verzehnfacht) und Ekuador (rund 10 Millionen Franken), wogegen der bisherige (umstrittene) Grossabnehmer Nigeria praktisch nicht mehr in Erscheinung tritt.

Die Länderstatistik über die Waffenexporte weist von Jahr zu Jahr sehr starke Schwankungen aus, was sich zum grossen Teil dadurch erklärt, dass an einem bestimmten Datum eine grosse Bestellung getätigt wird, und im folgenden Jahr keine oder lediglich eine Bestellung für Ersatzteile erfolgt.

Auffallend und bedenklich angesichts des im Betrachtungsjahr anhaltenden Krieges zwischen Iran und Irak und der kriegesischen Spannungen in der ganzen Golfregion und der Bestimmungen des schweizerischen Kriegsmaterialgesetzes sind die Waffenlieferungen in die Golfstaaten. Ihr Anteil erhöhte sich von 7,4 Prozent 1986 (Saudiarabien 6,7%, Vereinigte Arabische Emirate 0,2% und Bahrain 0,5%) auf 15,8 Prozent 1987 (Saudiarabien 10,7%, Vereinigte Arabische Emirate 0,2% und Bahrain 4,9%).

Ebenfalls zum weiteren Spannungsgebiet gehört die Türkei als beinahe traditionelle Grossabnehmerin von schweizerischem Kriegsmaterial, obwohl dieses Land von schweren inneren Konflikten (Kurden) und Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist. Der schweizerische Friedensrat fordert denn auch ein Embargo für Waffenverkäufe in die ganze Nahost-Region, von der Türkei bis Pakistan.

Gemäss Art. 11 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial von 1975 werden keine Ausfuhren bewilligt:

- a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen;
- b) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere die Achtung der Menschenwürde sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

Interesse Chinas

Bisher haben keine sozialistischen Entwicklungsländer Waffeneinkäufe in der Schweiz getätigt. 1987 erkundigte sich die Volksrepublik China — und danach auch die Rüstungsfirma Bührle — beim Bundesrat, ob aufgrund des schweizerischen Kriegsmaterialgesetzes schweizerische Waffenlieferungen nach China grundsätzlich möglich wären, was der Bundesrat bejahte. In China herrschen jedoch Spannungen in der Tibet-Frage. Tibet wurde 1950 von China besetzt und fordert seither seine Unabhängigkeit zurück. Die Tibeter fühlen sich durch China unterdrückt, was anlässlich der heftigen Unruhen im Oktober 1987 zum Ausdruck kam. China hat im Berichtsjahr von der Waffenimportbewilligung noch keinen Gebrauch gemacht.

Indirekte Lieferungen an den Iran

In den siebziger Jahren lieferte die schweizerische Rüstungsfirma Bührle Waffen an den Iran (Persien). Nach dem Umsturz des Schah-Regimes stoppte der Bundesrat im September 1978 weitere Lieferungen. Das Kriegsmaterialgesetz erfasst jedoch die Lieferungen schweizerischer Tochterfirmen im Ausland nicht. Im Berichtsjahr habe Presseberichten zur Folge die Tochterfirma von Bührle in Italien wiederholt Kriegsmaterial an den Iran geliefert.

GPK prüft Waffenausfuhrpraxis

Die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird die schweizerische Waffenausfuhrpraxis untersuchen und 1989 darüber Bericht erstatten. In der Parlamentsdebatte im Juni 1988 wiesen einige Sprecher darauf hin, dass die Schweiz noch immer Geld verdiene am Krieg anderer Länder. Ein im Juni 1987 eingereichtes Postulat (Weder LdU/BS) für eine Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes lehnte die Ratsmehrheit ab. Das Gesetz enthalte Lücken, wurde in der Debatte mehrmals erwähnt. Tatsächlich fällt beispielsweise Material, das neben kriegerischen auch zivilen Zwecken dienen kann, nicht unter das Waffenausfuhrverbot. So erfolgt die Ausfuhr von Aluminiumteilen der Alusuisse in den Iran legal, obwohl es naheliegend ist, dass diese auch zur Herstellung von Munition dienen. Ferner kam das für zivile Zwecke gebaute und ausgeführte Flugzeug PC-7 in Guatemala wiederholt für militärische Zwecke in den Einsatz.

Gründung einer schweizerischen Friedensstiftung

Im August 1988 ist in Bern die Schweizerische Friedensstiftung gegründet worden. Sie bezweckt, «die schweizerische Friedens- und Sicherheitspolitik in Forschung, Konzeption und Kommunikation mitzugestalten sowie bei ihrer Verwirklichung mitzuwirken» (Zweckartikel der Stiftung). In der Schweiz wird seit den sechziger Jahren über die Bildung eines Friedensforschungsinstituts diskutiert,

und mit der Gründung einer Stiftung sollen jetzt konkrete Arbeiten angegangen werden. Die Stiftung soll in erster Linie als Forum für all jene dienen, welche sich in Forschung und Politik mit Fragen der Sicherheit, der Aussenpolitik und des Friedens befassen.

Anmerkung

- 1) SIPRI ist das Internationale Friedensforschungsinstitut mit Sitz in Stockholm/Schweden.

Quellen

Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes: Statistik Schweizerische Kriegsmaterial-Exporte 1987 und Kommentar von Hans-Balz Peter, Bern, August 1988.

Tages-Anzeiger, 20.2., 15.4., 10.6., 19.8. und 20.8.1988

6. Investitionsschutzabkommen mit Bolivien und der Türkei

Investitionsschutzabkommen verbessern die Rechtsstellung des Investors und haben als «eines der Instrumente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit» den Zweck, den «langfristigen Einsatz privater Kapitalien für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung» der Länder der Dritten Welt zu fördern, wie der Bundesrat bereits in einer Botschaft 1973 festhielt. Investitionen sind im Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ausdrücklich als eine Form der Entwicklungszusammenarbeit aufgeführt. Die Schweiz schloss solche Investitionsschutzabkommen ausschliesslich mit Entwicklungsländern ab. Die Kompetenz zum Abschluss solcher Abkommen hat der Bundesrat. Die ersten Investitionsschutzabkommen wurden Anfang der sechziger Jahre — von der BRD 1959 mit Pakistan, von der Schweiz 1961 mit Tunesien — geschlossen.

Insgesamt wurden 39 Abkommen abgeschlossen, welche Investitionsschutzbestimmungen enthalten (Stand 1.1.1988); 22 davon sind eigentliche Investitionsschutzabkommen, und zwar mit folgenden Ländern:

Tunesien	(Datum der Unterzeichnung: 2.12.1961/ in Kraft getreten am: 19.1.1964)
Tansania	(3.5.1965/16.9.1965)
Costa Rica	(1.9.1965/18.2.1966)
Honduras	(20.7.1966/—)
Ecuador	(2.5.1968/11.9.1969)

Südkorea	(7.4.1971/7.4.1971)
Uganda	(23.8.1971/8.5.1972)
Zaire	(10.3.1972/10.5.1973)
Ägypten	(25.7.1973/4.6.1974)
Indonesien	(6.4.1974/9.4.1976)
Sudan	(17.2.1974/14.12.1974)
Jordanien	(11.11.1976/2.3.1977)
Syrien	(22.6.1977/10.8.1978)
Malaysia	(1.3.1978/9.6.1978)
Singapur	(6.3.1978/3.6.1978)
Mali	(8.3.1978/8.12.1978)
Sri Lanka	(23.9.1981/12.2.1982)
Panama	(19.10.1983/22.8.1985)
Marokko	(17.12.1985/—)
China	(12.11.1986/—)
Bolivien	
Türkei	

1987 wurden mit Bolivien und mit der Türkei ein Investitionsschutzabkommen abgeschlossen und mit Uruguay Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines solchen Abkommens geführt. Die **Türkei** stellt für die schweizerische Exportindustrie einen immer wichtiger werdenden Absatzmarkt dar. Unter den ausländischen Direktinvestitionen nehmen die schweizerischen eine Spitzenposition ein (Aussenwirtschaftsbericht 1987).

Die von der Schweiz bilateral abgeschlossenen Investitionsschutzabkommen enthalten in der Regel folgende Punkte:

1) Eine Aufzählung oder Umschreibung der durch das Abkommen erfassten Investitionen. Diese ist in der Regel sehr weit gefasst und enthält Mobilien, Immobilien, Aktien und andere Beteiligungen an Gesellschaften, Schuldtitel, Autorenrechte, Lizenzen und weitere reale und geistige Rechte.

2) Das Prinzip der richtigen und gerechten Behandlung der ausländischen Investitionen, wobei als Mindestklausel meistens die Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Investitionen gilt, in Anwendung nationalen Rechts unter Einhaltung des geltenden internationalen Rechts. Oft gilt jedoch eine Vorzugsbehandlung der ausländischen Investitionen gegenüber den inländischen.

3) Entschädigungsbestimmungen im Falle von Enteignung oder Verstaatlichung.

4) Freier Gewinntransfer und freie Kapitalrückführung.

5) Die Bestimmung eines Schiedsgerichts im Konfliktfall.

Im weiteren hat die Schweiz 1970 die Investitionsrisikogarantie (IRG) eingeführt, wonach gewisse nicht-kommerzielle Risiken beim Bund versichert werden können. 1986 ist die Schweiz der MIGA, der Multilateralen Investitionsгарantieagentur der Weltbank beigetreten.

Investitionsschutzabkommen decken nur einen kleinen Teil der privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ab. Einige Entwicklungsländer, darunter Länder, wo am meisten schweizerische Investitionen getätigt werden, sind an solchen Abkommen nicht interessiert. Sie fürchten eine Einschränkung der Selbstbestimmung und eine Benachteiligung nationaler Interessen durch eine Vorzugsbehandlung ausländischer Investitionen.

Quellen

Krafft, M-Ch., Les Accords bilatéraux sur la protection des investissements conclus par la Suisse, University Press Fribourg, 1987
BAWI
NZZ, 19.11.1987

7. Doppelbesteuerungsabkommen mit Ägypten und der Elfenbeinküste

Zweck solcher Abkommen ist die Vermeidung von doppelten Steuern auf Einkommen und Vermögen. Die beteiligten Staaten verzichten gegenseitig auf gewisse Steuereinkünfte. Doppelbesteuerungsabkommen sind so auch ein Instrument zur Ankurbelung ausländischer Investitionen. Das Interesse der Schweiz an solchen Abkommen ist es, eine grössere Investitionssicherheit zu erlangen. Für die Abfassung der Abkommen lehnt sich die Schweiz an das OECD-Musterabkommen aus dem Jahre 1977. Sie legt besonderen Wert auf den Einbezug der Bereiche Dienstleistungen, Unternehmensgewinne, Lizenzen, Dividenden sowie Quellensteuern. Doppelbesteuerungsabkommen müssen nach ihrer Unterzeichnung vom Parlament genehmigt werden.

Das erste Doppelbesteuerungsabkommen mit einem Entwicklungsland schloss die Schweiz 1959 mit Pakistan ab. In der Folge konnten nur mit wenigen Entwicklungsländern solche Abkommen abgeschlossen werden, wie Tabelle 11 zeigt.

Tabelle Nr. 11

Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern¹		
Land	Steuern	Datum
Ägypten	Einkommen	1987 (in Kraft getreten am 14.7.1988)
Elfenbeinküste	Einkommen	1987 (ratifiziert am 9.6.1988)
Sri Lanka	Einkommen und Vermögen	1983
Griechenland	Einkommen	1983
Südkorea	Einkommen	1980
Singapur	Einkommen und Vermögen	1975
Portugal	Einkommen und Vermögen	1974
Malaysia	Einkommen	1974
Trinidad und Tobago	Einkommen	1973
Pakistan	Einkommen	1959/62
Verhandlungen sind im Gange mit:		
China		
Indien		
Indonesien (paraphiert)		
Pakistan (Ersatz des Abkommens von 1959/62)		
Thailand		
Türkei		
Kuwait		
Nigeria		
1) Stand 1.1.1988		
Quelle: Eidg. Steuerverwaltung		

1987 wurden Doppelbesteuerungsabkommen mit Ägypten und mit der Elfenbeinküste geschlossen:

Ägypten

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Ägypten haben sich stark entwickelt und zwischen 1979 und 1984 beinahe verdoppelt, nämlich von 280 auf 438 Millionen Franken, womit Ägypten nach Südafrika zum wichtigsten afrikanischen Handelspartner der Schweiz wurde. Es sind zahlreiche schweizerisch-ägyptische «Joint ventures» in Kraft. 1984 wurden die Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen aufgenommen, am 14. Juli 1988 trat das Abkommen in

Kraft. Ziel ist ein steuerlicher Schutz für die schweizerischen Investitionen in Ägypten. Da Ägypten keine Vermögenssteuern kennt, findet das Abkommen nur für Einkommenssteuern Anwendung.

Elfenbeinküste

In der Elfenbeinküste niedergelassene Schweizer Unternehmen wünschten bereits in den siebziger Jahren den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens, weil sie gegenüber anderen (namentlich französischen) Investoren, die den Schutz eines solchen Abkommens beanspruchen konnten, steuerlich benachteiligt wurden. Erste Gespräche fanden 1979 in Bern statt; im Juni 1988 wurde das Abkommen ratifiziert. Verzögerungen ergaben sich dadurch, dass die Forderungen der Elfenbeinküste auf dem Gebiet der Quellenbesteuerung der Kapitalerträge und der Lizenzgebühren nicht mit der bisherigen schweizerischen Abkommenspolitik vereinbar waren. Ein System der Teilanrechnung ermöglichte in der Folge den Abschluss des Abkommens, anwendbar für Steuern auf Einkommen; die Elfenbeinküste erhebt keine Vermögenssteuern.

1986 beliefen sich die schweizerischen Ausfuhren in die Elfenbeinküste auf 55,3 Millionen Franken und die Einfuhren auf 56,6 Millionen Franken. 1983 war die Schweiz der drittgrößte ausländische Investor in der Elfenbeinküste.

Quellen

Botschaft über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Ägypten vom 12.8.1988, Bbl 87.048

Botschaft über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Elfenbeinküste vom 27.1.1988, Bbl 88.004

Eidgenössische Steuerverwaltung